



Verband Bildung und Erziehung

VBE

BLBS

Bundesverband
der Lehrerinnen und Lehrer
an beruflichen Schulen e.V.

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft



**Kultusministerkonferenz (KMK), Verband Bildung und Erziehung (VBE),
Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen
(BLBS) und Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW):**

Gemeinsame Erklärung zum Welttag gegen Kinderarbeit am 12. Juni 2011

Wir alle tragen Verantwortung

Am Welttag gegen Kinderarbeit stellen wir fest: Noch immer sind weltweit über 200 Millionen Kinder unter 13 Jahren gezwungen, für ihren Lebensunterhalt oder den ihrer Familien zu arbeiten. Über 100 Millionen werden als Kindersklaven oder in Lohnknechtschaft, in Zwangsprostitution oder als Kindersoldaten ausgebeutet. Auch für den Export produzierte Waren werden zum großen Teil unter Arbeitsbedingungen hergestellt, die als „schlimmste Formen der Kinderarbeit“ eingestuft sind. So werden wir, die Konsumenten in Deutschland – bewusst oder unbewusst – zum Teil des Problems.

Vor diesem Hintergrund bitten wir Bund und Länder, sich auf internationaler Ebene im Kampf gegen Kinderarbeit verstärkt zu engagieren. Wir wünschen uns von der Bundesregierung noch mehr Unterstützung der Arbeit vor Ort, die auch von vielen deutschen Verbänden und Institutionen gefördert wird, nach dem Motto „Bildung statt Kinderarbeit“.

Wir bitten die Bundesregierung, in Europa und auf internationaler Ebene entschlossen voranzugehen. U. a. gilt es, in der WTO darauf zu dringen, im Rahmen der „Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen“ (GATT) geeignete Maßnahmen gegen Produkte aus Kinderarbeit zu ergreifen. Ein Importverbot für Produkte aus Kinderarbeit würde ein wichtiges Signal setzen.

In dieser Zielsetzung unterstützen wir die Initiative des Bundesrats vom Mai 2010 (Bundesratsdrucksache 309/10).

Im Einzelnen schlagen wir vor:

- eine rechtlich bindende Regelung zur Verhinderung des Marktzugangs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit,
- die Entwicklung europäischer Zertifizierungsaufgaben,
- die Indizierung jener Länder, die das von 90 Prozent der Staatengemeinschaft ratifizierte Verbot von Kinderarbeit unterlaufen,
- eine bundesweite Aufklärungskampagne für Verbraucher über Produkte aus Kinderarbeit.

Zudem erinnern wir an die Millenniumsziele der Vereinten Nationen. Diese sehen u. a. vor, bis zum Jahre 2015 allen Kindern eine Primarbildung zu ermöglichen. Bis heute haben jedoch noch immer ca. 70 Millionen Kinder nie eine Schule von innen gesehen. Kinderarbeit ist der Hauptgrund, der einen regulären Schulbesuch der

Kinder verhindert. Ohne Schulbildung bekommen die arbeitenden Kinder aber nie eine Chance, den Armutskreislauf zu durchbrechen.

Nachhaltige Armutsbekämpfung in den Entwicklungsländern muss deshalb vor allem auch auf Bildungsinvestitionen und die Durchsetzung des Rechts auf Bildung für alle Kinder setzen.

Wir sind überzeugt: Die kritische Zivilgesellschaft in Europa will keine Produkte kaufen, die von Kinderhänden hergestellt sind. Sie wartet viel mehr auf ein Zeichen der Politik. Dies wird Exporteure und Importeure veranlassen, noch mehr auf „kinderarbeitsfreie Produkte“ zu achten und ihre Lieferketten entsprechend zu kontrollieren. Hier liegt erhebliches Potenzial.

Berlin, Frankfurt a.M., Hannover, 10. Juni 2011